



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
22.11.2024 abendzeitung-muenchen.de: Bundesgesellschaft glaubt weiter an Atomendlagerstandort	4

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: dpa
Mediengattung: Online News

Visits (VPD): 0,252 (in Mio.)¹
Unique Users (UUPD): 0,413 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.abendzeitung-muenchen.de/bayern/bundesgesellschaft-glaubt-weiter-an-atomendlagerstandort-art-1020692>

¹ von PMG gewichtet 12-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Bundesgesellschaft glaubt weiter an Atomendlagerstandort

Die Suche nach einem Standort für das deutsche Atomendlager ist eine Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Die zuständige Bundesgesellschaft gibt sich optimistisch - trotz neuer Kritik.

Würzburg

Trotz immer wieder aufkommender Kritik am Verfahren wird die Suche nach einem Standort für ein Atomendlager in Deutschland nach Ansicht der Vorsitzenden der Bundesgesellschaft für Endlager (BGE), Iris Graffunder, erfolgreich sein. "Man muss vielleicht mal sagen, dass andere Länder glücklich wären, so gute geologische Formationen zu haben, wie wir in Deutschland. Also hier kein Endlager zu finden, das ist ein Unding", sagte sie bei der Eröffnung des 3. Forum Endlagersuche in Würzburg.

"Wir werden auf jeden Fall Standorte finden, die geeignet sind und wir müssen aus diesen geeigneten Standorten den Standort finden mit der erwarteten bestmöglichen Sicherheit." Das sei die Schwierigkeit.

Lagerort für 27.000 Kubikmeter Atommüll gesucht

Die Suche nach einem Endlager für den radioaktiven Atommüll aus den deutschen Kernkraftwerken gilt als eines der schwierigsten Umweltprojekte des Landes. Die BGE will bis Ende 2027 die erste Phase der Endlagersuche abschließen, dazu untersucht sie derzeit die geologischen Bedingungen in praktisch allen Bundesländern.

Wo im Anschluss oberirdische Erkundungen stattfinden, entscheidet mit Hilfe der BGE-Expertise dann der [Bundestag](#). Bis spätestens 2050 soll so ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren Atomkraft angefallen ist.

BUND kritisiert mangelnde Transpa-

renz im Suchverfahren

Auf die jüngste Kritik des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) zu unzureichender Transparenz im Suchverfahren ging Graffunder in ihrer Rede nicht ein. Dieser hatte zuvor moniert, dass die bisher veröffentlichten Ergebnisse vermuten lassen, dass die BGE bereits deutlich mehr Regionen bewertet hat, als es öffentlich kommuniziert werde, sagte Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND, der Deutschen Presse-Agentur in München. Die fehlende Transparenz gefährde den Erfolg des Suchverfahrens.

Konkret bezieht sich der Umweltverband dabei auf die Anfang November vorgelegte Karte zum Zwischenstand bei den untersuchten Gebieten. Darin hatte die BGE bereits einige Teilgebiete sozusagen aussortiert, weil das dortige Wirtsgestein nicht den Vorgaben für ein Atomendlager entspricht. Rund 44 Prozent des Bundesgebietes blieben danach weiter im Rennen um den Endlagerstandort.

Graffunder: Graue Stellen auf Endlager-Karte werden weiter eingeschränkt

"Wir haben noch nicht alle 90 Teilgebiete, die ja in Deutschland sind, überprüfen können. Deshalb ist die Landkarte noch mit Löchern versehen, sage ich mal, oder mit grauen Stellen, die noch nicht weiter überprüft sind", betonte Graffunder. Diese würden weiter eingegrenzt, dadurch werde immer deutlicher, wo die besten Regionen in Deutschland seien.

2027 werde daher eine "andere Zeitrechnung" bei der Endlagersuche kommen,

sagte der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn. "Wenn die Arbeitsstände immer stärker zunehmen und wir eine Verdichtung erreichen, wird es viel stärkere Betroffenheiten geben von Menschen, die bis jetzt nicht glauben, dass sie betroffen sind oder es so wahrnehmen." Darauf müsse man sich gut vorbereiten.

BASE-Präsident Kühn warnt vor Aufkündigen des Konsenses zum Atomausstieg

Kühn appellierte an Politik und Gesellschaft, den 2011 mit breiter Mehrheit beschlossenen Atomausstieg nicht infrage zu stellen. "Diesen überparteilichen Konsens, der damals eine große Mehrheit im Deutschen Bundestag hatte, große Mehrheiten auch in den Ländern gemeinsam hatte, diesen Konsens müssen wir auch in diesen Tagen halten und verteidigen, denn er trägt mit dieses Verfahren."

Kühn kritisierte in dem Kontext die immer wieder aufkommenden Zweifel, auch aus der Politik, ob es überhaupt ein Atomendlager in großer Tiefe brauche. Es sei absurd zu glauben, man könne den Atommüll ins Weltall schießen oder auf den Mond bringen. Auch gebe es "keine Fabriken, die die Abfälle einfach auffressen und daraus neue Wertstoffe machen. Nirgendwo auf dieser Welt." Angesichts der vielen Unsicherheiten auf der Welt sei es vielmehr ein Prinzip der Generationengerechtigkeit, die Endlagersuche nicht weiter zu verschieben. Dafür brauche es jetzt mutige Entscheidungen.

Abbildung: Bis es ein Atomendlager für hochradioaktiven Abfall in Deutschland geben wird, wird es noch Jahrzehnte dauern. Derzeit lagern die Castoren mit dem strahlenden Müll in 16 Zwischenlagern. (Archivbild)

Fotograf-in: © Uli Deck/dpa

Wörter: 617

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG